

## **NRW setzt auf „Miteinander von Wirtschaft und Umwelt“** **Pinkwart warnt vor „ruckartigem“ Aus für die Braunkohle**

Düsseldorf (epd). Die nordrhein-westfälische Landesregierung will beim Klimaschutz auf wirtschaftliche und soziale Ausgewogenheit setzen. „Wir wollen in NRW den Klimaschutz voranbringen und stehen zum Pariser Klimaschutzabkommen. Das ist für uns zentral“, sagte Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) auf einem Klimaforum am Montag in Düsseldorf. Dieser Weg müsse aber im Miteinander von Wirtschaft und Umwelt gegangen werden.

Pinkwart betonte, NRW stehe dabei als führende Industrieregion vor besonderen Herausforderungen. Ziel müsse sein, dass die Industrie beim Weg zu mehr Klimaschutz entsprechende Rahmenbedingungen bekomme, um zügig in neue, klimafreundlichere Produktionsanlagen investieren zu können. Dazu müssten auch die zum Teil zu langen Genehmigungsverfahren verkürzt werden.

Der Weg zu mehr Klimaschutz kann nach Einschätzung Pinkwarts nur mit einem „schrittweisen Fahrplan“ gegangen werden, um die Beschäftigung in NRW zu sichern. Das gelte auch für die Braunkohle, deren Einsatz noch bis 2045 im sogenannten Kohlenutzungsplan gesetzlich garantiert ist. Ein vorzeitiger oder „ruckartiger“ Ausstieg sei der falsche Weg nicht zuletzt auch deshalb, weil Deutschland als einziges großes Industrieland sowohl den Ausstieg aus der Atomenergie als auch aus der Kohleverstromung zeitgleich voranzubringen versuche.

Der Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, Klaus Breyer, warnte dagegen, ein Abbau der Braunkohle bis zum gesetzlichen Ende sei ein „irrealer Weg“. Man könne „nicht Christ sein, ohne sich dafür einzusetzen, dass auch die nachfolgenden Generationen gute Lebensbedingungen haben“. Vor diesem Hintergrund dürfe Deutschland kein Kohleland bleiben. Auch dürften nicht noch mehr Dörfer dem Kohleabbau zum Opfer fallen. Zugleich müsse die Politik aber Pläne vorlegen, wie der Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier zu gestalten sei.

Unterdessen mahnte der Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, Dirk Messner, zur Dringlichkeit. Soll der Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad zum Ende des Jahrhunderts begrenzt bleiben, müsse der Ausstoß von Treibhausgasen in den nächsten Jahrzehnten pro Dekade jeweils halbiert werden. Daher müsse der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern weltweit beschleunigt werden. Der Ausstieg aus der Braunkohle ist dabei im Vergleich etwa zu anderen Klimaschutzbeiträgen wie Wärmedämmung in Gebäuden vergleichsweise einfach umzusetzen. Deutschland als führender Industrienation komme dabei eine Vorbildfunktion zu: „Wenn wir das nicht hinbekommen, können wir auch andere Länder wie etwa China nur schwer überzeugen.“